

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	20.04.2024
Thema	Politische Grundfragen
Schlagworte	Jahresrückblick
Akteure	Berset, Alain (sp/ps, FR) SR/CE
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1965 - 01.01.2024

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Bühlmann, Marc

Bevorzugte Zitierweise

Bühlmann, Marc 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Politische Grundfragen, Jahresrückblick, 2011*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 20.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Politische Grundfragen	1

Abkürzungsverzeichnis

UVEK	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
UNO	Organisation der Vereinten Nationen
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
BBT	Bundesamt für Berufsbildung und Technologie
AUNS	Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
EU	Europäische Union
IV	Invalidenversicherung
EDI	Eidgenössisches Departement des Inneren
EVD	Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
SBFI	Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
SRG	Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft
BWIS	Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
MWST	Mehrwertsteuer
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherungen
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
WBF	Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
FABI	Finanzierung und Ausbau der Eisenbahninfrastruktur
GAV	Gesamtarbeitsvertrag
BLS	Bern-Lötschberg-Simplon-Bahn
VCS	Verkehrs-Club der Schweiz
BNE	Bruttonationaleinkommen
BFI	Politikbereich „Bildung, Forschung und Innovation“
FiLaG	Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich
HFKG	Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz
SBF	Staatssekretariat für Bildung und Forschung

DETEC	Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication
ONU	Organisation des Nations unies
AVS	Assurance-vieillesse et survivants
SECO	Secrétariat d'Etat à l'économie
OFFT	Office fédéral de la formation professionnelle et de la technologie
ASIN	Action pour une Suisse Indépendante et Neutre
EPF	École polytechnique fédérale
UE	Union européenne
AI	Assurance-invalidité
DFI	Département fédéral de l'intérieur
DFE	Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche
SEFRI	Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation
SSR	Société suisse de radiodiffusion
LMSI	Loi fédérale instituant des mesures visant au maintien de la sûreté intérieure
CFF	Chemins de fer fédéraux suisses
TVA	Taxe sur la valeur ajoutée
LAMal	Loi fédérale sur l'assurance-maladie
DFAE	Département fédéral des affaires étrangères
DEFR	Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche
FAIF	Financement et aménagement de l'infrastructure ferroviaire
CCT	Convention collective de travail
BLS	Chemin de fer du Lötschberg
ATE	Association transports et environnement (ci-devant AST)
RNB	Revenu national brut
FRI	domaine politique „Formation, recherche et innovation“
PFCC	Loi fédérale sur la péréquation financière et la compensation des charges

LEHE Loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles
SER Le Secrétariat d'état à l'éducation et à la recherche

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Politische Grundfragen

Politische Grundfragen

ANDERES
DATUM: 31.12.2011
MARC BÜHLMANN

Was prägte 2011 die Schweizer Politik? Welches waren die bedeutenden Geschäfte im Parlament? Und was hat die politisch interessierte Öffentlichkeit bewegt? Nachfolgend werden die wichtigsten Ereignisse im Jahr 2011 zusammengefasst und anschliessend nach Thema geordnet aufgelistet. Mit den Links gelangen Sie direkt zu diesen im Berichtsjahr zentralen Geschäften und Ereignissen. Vous trouverez ici la version française de cet article.

Die Schweizer Politik im Jahr 2011 stand im Zeichen der **Gesamterneuerungswahlen für das nationale Parlament**. Zum ersten Mal seit 1991 konnte die SVP dabei nicht mehr zulegen. Sie büsste 2.3 Prozentpunkte an Wählerstimmen ein, blieb jedoch mit 26.6 Prozent deutlich stärkste Partei im Parlament. Die grossen Gewinnerinnen der Wahlen für den **Nationalrat** waren die GLP und die BDP, die beide je 5.4 Prozent der Wählerschaft von sich überzeugen konnten. Die Erfolge der beiden jungen Parteien, die auch auf ihre Frische und Unverbrauchtheit zurückgeführt wurden, gingen dabei nur teilweise auf Kosten der SVP, die insgesamt weniger Wählerinnen und Wähler verlor, als die von ihr abgespaltene BDP auf sich vereinen konnte. Vielmehr mussten die FDP und die CVP grosse Verluste und einen historischen Tiefstand ihrer Wähleranteile in Kauf nehmen. Unter dem Erfolg der GLP litten auch die Grünen, die mit viel Proporzpech ein Viertel ihrer Sitze abgeben mussten und noch über 15 Sitze verfügten. Proporzglück konnte hingegen die SP für sich verbuchen. Trotz dem im Vergleich zu 2007 nur noch leichten Wählerverlust, konnten die Genossen Sitze gewinnen. Neu im Nationalrat vertreten ist der Mouvement Citoyens Romands (MCR), der wie die Lega, die wieder mit zwei Sitzen in Bern vertreten ist, als regionale Partei eines Grenzkantons mit dem Schüren von Ressentiments gegen Grenzgänger punkten konnte. Ihre Sitze halten konnte die EVP. Nicht mehr in Bern vertreten sind hingegen die EDU und die PdA; letztere hatte seit 1947 immer mindestens ein Mandat in der grossen Kammer innegehabt. Insgesamt führten die Wahlen von 2011 damit zu einer leichten Verschiebung des Parteienspektrums hin zur Mitte, die sich jedoch gleichzeitig stark aufsplitterte.

In nicht weniger als 13 Kantonen waren zweite Wahlgänge nötig, um den **Ständerat** zu besetzen. Dies war insbesondere der SVP geschuldet, die mit zahlreichen landesweit bekannten Parteipolitikern einen in der Presse als «Sturm aufs Stöckli» Niederschlag findenden Angriff auf die kleine Kammer fuhr. Die Volkspartei schaffte es damit nicht nur, den traditionell eher kantonal ausgerichteten Wahlkampf um die Kantonsvertretung zu einem nationalen Ereignis zu stilisieren und mit einer gehörigen Portion Sachpolitik zu versehen, sondern in zahlreichen Kantonen mehr Wettbewerb und knappe Wahlausgängen zu provozieren. Ihr eigentliches Ziel, den Ständerat zu erobern, verpasste die Volkspartei jedoch deutlich. Ihre Strategie, mit Hardlinern Majorzwahlen zu gewinnen, ging nicht auf. Die SVP musste gar zwei Mandate abgeben. In der kleinen Kammer kam es deshalb zu einer leichten Verschiebung zugunsten des links-grünen Lagers. Gewinnerin der Ständeratswahlen war die SP, die zwei Sitze zulegte und mit elf Mandaten genau gleich stark ist wie die FDP, die ein Mandat abgeben musste. Die CVP blieb mit 13 Sitzen trotz zwei Verlusten stärkste Fraktion im Ständerat. Einen Sitz hinzugewinnen konnte die GLP, die neu zwei Kantonsvertreter stellt, gleich viele wie die Grünen, die ihre Sitze verteidigen konnten, was auch der BDP mit ihrem Berner-Sitz gelang. Neben dem neu gewählten parteilosen Vater der Abzockerinitiative Thomas Minder (SH) sitzen somit nicht weniger als sieben unterschiedliche Parteien im Ständerat.

Hinsichtlich der Anzahl eingereicherter Listen (365) und der Zahl an Kandidierenden für den Nationalrat (3472) wie auch für den Ständerat (152) war 2011 ein Rekordwahljahr. Ebenfalls weiterhin leicht ansteigend war die Wahlbeteiligung (48.5 %). Rückläufig war allerdings der Anteil an Kandidatinnen. Waren 2007 insgesamt noch 35.2 Prozent aller für den Nationalrat Kandidierenden Frauen gewesen, lag dieser Anteil 2011 noch bei 32.8 Prozent. Dieser Rückgang wirkte sich anscheinend auch auf den **Frauenanteil** im Parlament aus, der zum ersten Mal seit der Einführung des Frauenwahlrechts 1971 rückläufig war: sowohl im National- wie auch im Ständerat verloren die Frauen je einen Sitz; insgesamt werden damit im Parlament noch 67 der 246 Sitze von Frauen gehalten

(27.2 %; 2007: 28 %).

Das eher schlechte Abschneiden der SVP bei den Wahlen, das wenig professionelle Prozedere der Volkspartei bei der Auswahl der Kandidierenden und die Unlust der restlichen Parteien, schon wieder eine Änderung in der Besetzung des Bundesrates vorzunehmen, führte zu einer **Bestätigung der BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf**. Als nach wie vor stärkste Partei im Bundeshaus ist die SVP damit weiterhin mit lediglich einem Sitz in der Regierung vertreten. Auf den durch den Rücktritt von Micheline Calmy-Rey frei gewordenen SP-Sitz wurde der Freiburger Ständerat Alain Berset gewählt.

Zwei internationale Ereignisse wirkten sich 2011 stark auf die Schweizer Politik aus: Die Atomreaktorkatastrophe im japanischen **Fukushima** und die **Krise im Euro-Raum**. Die Ereignisse in Japan waren ursächlich für eine Wende in der Schweizer Energiepolitik, die neu auf einen progressiven Ausstieg aus der Atomenergie abzielt und vom Bundesrat in einer neuen Energiestrategie 2050 umrissen wurde. Verschiedene Parteien lancierten Ausstiegsszenarien und im Kanton Aargau demonstrierten mehr als 20'000 Personen gegen den Atomstrom. Die Wirtschaftskrise, welche die Schweizer Bevölkerung laut Umfragen stark beschäftigte, wirkte sich in der Schweiz weniger stark als erwartet aus. So sank die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt gar von 3.9 Prozent auf 3.1 Prozent. Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Ländern zeigte sich der Finanzhaushalt der Schweiz äusserst solide: 2011 resultierte ein Rechnungsüberschuss von CHF 1.9 Mia. Allerdings litt die Exportwirtschaft unter der Frankenstärke, was die Nationalbank zur Einführung eines Euro-Mindestkurses von CHF 1.20 veranlasste. Darüber hinaus hiessen die Räte ein CHF 869 Mio. starkes Frankenpaket zur Entlastung der Wirtschaft gut.

Zwar wurden im Hinblick auf die nationalen Wahlen zahlreiche Initiativen lanciert – nicht weniger als 28 Begehren befanden sich Ende 2011 im Unterschriftenstadium und acht wurden mit den nötigen Unterschriften eingereicht (14 waren hängig) – dennoch kam es im Wahljahr nur zu einer einzigen nationalen Abstimmung. Die **Initiative zum Schutz vor Waffengewalt**, die ein Verbot der privaten Aufbewahrung von gefährlichen Waffen, einen Fähigkeitsnachweis und ein nationales Waffenregister gefordert hatte, wurde von Volk und Ständen mit 56.3 Prozent Nein-Stimmenanteil abgelehnt.

Die **Aussenpolitik** war geprägt von eher zähen Verhandlungen zu Steuerabkommen mit Deutschland und den USA. Mit dem nördlichen Nachbarn wurde ein Doppelbesteuerungsabkommen vereinbart, das von beiden Räten angenommen wurde und der Steuerstreit schien dank der Unterzeichnung des bilateralen Steuerabkommens zwischen Bundesrätin Widmer-Schlumpf und Finanzminister Wolfgang Schäuble ein vorläufiges Ende zu nehmen. Allerdings verhärteten sich die Fronten im Fluglärmstreit. Der Druck der USA auf den Finanzplatz Schweiz nahm ebenfalls zu. Ein Vergleich, mit dem der Steuerstreit beigelegt werden sollte, wurde im Berichtsjahr noch von der kleinen Kammer gutgeheissen. Die Verhandlungen mit der EU mit Bezug auf die Weiterentwicklung der institutionellen bilateralen Zusammenarbeit blieben hingegen blockiert.

Einigen Wirbel verursachte der Entscheid des Bundesrates, als Ersatz für den **Militärjet** Tiger F-5, den vom Schwedischen Hersteller Saab angebotenen JAS 39 Gripen zu beschaffen. Wenige Wochen vor dem Entscheid gelangten Evaluationsdokumente an die Öffentlichkeit, die dem Gripen ein eher schlechtes Leistungszeugnis ausstellten. Im Rahmen der Rüstungsdebatte und mit der Diskussion des Armeebereichs entschieden sich die Räte, die Anschaffung der Flugzeuge über das Rüstungsbudget abzuwickeln. Es wurde auf CHF 5 Mia. festgelegt. Gleichzeitig entschied das Parlament, den Flugzeugkauf nicht einem Volksentscheid zu unterwerfen.

In verschiedenen Geschäften zeigte sich das **Parlament** wenig konsensorientiert. So wurden etwa das modifizierte Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Managed Care) oder das Sportförderungsgesetz erst nach einer Einigungskonferenz angenommen. Insgesamt waren 2011 bei neun Geschäften Einigungskonferenzen nötig (2010: fünf; 2009: sieben), wovon bei einem Geschäft die Konferenz nicht zu einer Lösung führte. Dabei kam es bei der Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen» zu einem Novum: Da der Nationalrat der Empfehlung der Einigungskonferenz, die Initiative zur Annahme zu empfehlen, folgte, der Ständerat sich aber querstellte, wurde die Initiative ohne parlamentarische Empfehlung zur Abstimmung vorgelegt. Allerdings fanden die Räte nach einer Einigungskonferenz mit den Mindestanforderungen an das Eigenkapital der Banken beim Bankengesetz eine

Lösung für das Too-big-to-fail-Problem. Der lange Entscheidungsprozess der im April 2008 eingereichten Abzockerinitiative nahm hingegen auch 2011 noch kein Ende. Der Nationalrat lehnte eine Bonussteuer als möglichen Gegenvorschlag ab.

Bei seinem Beschluss einer **Reorganisation der Departemente** ersetzte der Bundesrat per 2013 das Volkswirtschaftsdepartement mit dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), in welches auch das neu geschaffene Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation integriert wird. Dieses resultiert aus einem Zusammenschluss des Staatssekretariats für Bildung und Forschung (SBF) und dem ETH-Bereich (beide bisher im EDI) sowie dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT), das schon bisher im EVD (bzw. neu: WBF) war.

Politische Grundfragen:

- Zum ersten Mal wurde zu Beginn der neuen Legislatur die Nationalhymne in den Ratssälen intoniert.
- Das Bundesamt für Kultur verabschiedete eine Liste mit immateriellem Kulturerbe.
- Das EDA beurteilte die Berichterstattung ausländischer Medien als zunehmend kritisch.
- Die Sorgen der Bevölkerung um die Wirtschaftskrise nahmen 2011 stark zu.

Rechtsordnung:

- Die herkömmliche Identitätskarte ohne biometrische Daten bleibt erhalten und darf weiterhin bei der Wohnsitzgemeinde beantragt werden.
- Der Datenschutzbeauftragte Hanspeter Thür zog Google Street View vor das Bundesgericht.
- Das Parlament hiess eine Revision des Bundesgesetzes über die Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) gut.
- Im Aargau demonstrierten über 20'000 Personen gegen den Atomstrom.
- Die Bundesversammlung genehmigte das Übereinkommen des Europarates über die Cyberkriminalität.
- Der Bundesrat erlaubte der Transportpolizei das Tragen von Feuerwaffen.
- Die Volksinitiative «Zum Schutz vor Waffengewalt» wurde an der Urne verworfen.
- Nach der Eheschliessung können neu grundsätzlich beide Ehegatten ihren Familiennamen behalten, es sei denn, sie entscheiden sich für einen gemeinsamen Familiennamen.

Institutionen und Volksrechte:

- Bei den Bundesratserneuerungswahlen wurde der Status Quo bewahrt. Der Sitz der BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf wurde bestätigt und die SVP war weiterhin nur mit einem Sitz in der Regierung vertreten. Für die zurückgetretene SP-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey wurde der Freiburger SP-Ständerat Alain Berset gewählt.
- Die SVP reichte ihre Initiative zur Volkswahl des Bundesrates ein.
- Die Räte beschlossen einfachere Zugänge zu Regierungsdokumenten.
- National- und Ständerat regelten die Immunitätsbestimmungen neu.
- Zum ersten Mal wählte das Parlament und nicht mehr der Bundesrat den Bundesanwalt. Der in die Kritik geratene Erwin Beyeler wurde dabei abgewählt.
- Der Trend zu einer stärkeren Nutzung der Volksrechte hielt ungebrochen an.
- Die Räte diskutierten neue Bestimmungen zur Vereinbarkeit von Volksinitiativen und Grundrechten.
- E-Voting wurde weiter langsam ausgebaut.

Föderativer Aufbau:

- Die Änderung des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG) und die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcen- und Lastenausgleichs wurden im Juni des Berichtsjahres von beiden Räten angenommen.
- Die Regierungen der Kantone Bern und Jura sind sich nicht einig, in welcher Form die Bevölkerung des Berner Juras zu einem allfälligen Beitritt zum Kanton Jura befragt werden soll.

Wahlen:

- Bei den Nationalratswahlen konnte die neue Mitte mit GLP und BDP zulegen.
- Die FDP und die CVP büssten Sitze ein und mussten beide einen historischen Tiefststand ihres Wähleranteils hinnehmen.
- Die seit 1991 anhaltende Erfolgswelle der SVP wurde gebremst; ihre Verluste waren aber geringer als die Gewinne der BDP.
- Die SP konnte trotz leichten Wählerverlusten Sitze gewinnen.
- Die Grünen litten unter der Konkurrenz der GLP und mussten Wähleranteile und Sitze

abgeben.

- Neben der Lega konnte mit dem MCR eine weitere regionale Partei aus einem Grenzkanton in die grosse Kammer einziehen.
- Im Ständerat konnte die SP zulegen, der «Sturm aufs Stöckli» der SVP scheiterte hingegen.
- Die Wahlbeteiligung nahm erneut leicht zu.
- Der Frauenanteil im Nationalrat war erstmals seit Einführung des Frauenstimmrechts rückläufig.
- Auch bei den kantonalen Legislativwahlen gehörten die GLP und die BDP zu den Gewinnerinnen. Zulegen konnten hier aber auch die Grünen und die SVP.
- Auch bei den kantonalen Wahlen mussten die CVP und die FDP starke Einbussen in Kauf nehmen.
- Die Grünen eroberten 2011 nicht weniger als vier kantonale Regierungssitze. Die Lega avancierte in der Tessiner Regierung zur stärksten Partei.

Aussenpolitik:

- Das Parlament beschloss, die Entwicklungshilfe auf 0.5 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) anzuheben.
- Die grosse Kammer gab ihre Zustimmung zur Sonderhilfe für den Internationalen Währungsfonds.
- Die Verhandlungen zwischen der EU und der Schweiz in Bezug auf eine Weiterentwicklung der institutionellen bilateralen Zusammenarbeit sind blockiert.
- Trotz Druck seitens der EU, welche eine einheitliche, alle Mitgliedsstaaten umfassende Lösung anstrebt, gelang es der Schweiz im Herbst, ein bilaterales Steuerabkommen mit Deutschland abzuschliessen.
- Das Parlament lehnte den vom Bundesrat ausgearbeiteten Gegenvorschlag zur Staatsvertragsinitiative der AUNS ab.
- Im Zuge der Aufstände in Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens verhängte der Bundesrat Sanktionen gegen verschiedene Machthaber und sperrte deren Vermögenswerte in der Schweiz.
- Der Bundesrat beabsichtigt, die schweizerische Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat für die Periode 2023-24 zu lancieren.
- Durch die im Rahmen des Schutzmachtmandats der Schweiz erfolgte Vermittlung haben Georgien und Russland im Herbst ein bilaterales Abkommen unterzeichnet.

Landesverteidigung:

- Eine Motion der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates beauftragte den Bundesrat, sich mit einem Bewilligungssystem für Sicherheitsfirmen zu befassen.
- Der Sicherheitsverbund Schweiz nahm im Jahr 2011 klare Züge an.
- In verschiedenen Geschäften und mit der parlamentarischen Debatte um das Übereinkommen über Streumunition setzte das Parlament den eingeschlagenen Weg der Friedensförderung fort.
- Im Rahmen der Debatte um das Rüstungsprogramm 2011 und den Armeebericht 2010 sprach sich das Parlament für eine Armee mit 100'000 Dienstleistenden und einem Budget von CHF 5 Mia. aus.
- Der Bundesrat entschied sich als Ersatz der Tiger F-5 Kampfflugzeuge für den Schwedischen Saab JAS 39 Gripen.
- Der Revision des Zivildienstgesetzes wurde im Ständerat keine Folge gegeben, da seitens des Bundesrates bereits nötige Schritte eingeleitet wurden.
- Die Teilrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes wurde in beiden Kammern angenommen.

Wirtschaftspolitik:

- Die Schweizerische Wirtschaft hielt sich trotz des schwierigen internationalen Umfelds erstaunlich gut.
- Während sich der Binnenmarkt dynamisch entwickelte, litt der Exportsektor unter der Frankenstärke, was zur Folge hatte, dass die Schweizerische Nationalbank einen Mindestkurs zum Euro einführte.
- Das Parlament stockte die Gelder für die Standortförderung auf.
- Der Bundesrat beabsichtigte einen Paradigmenwechsel in der Kartellgesetzgebung.
- Der Ständerat und der Nationalrat kamen sich beim indirekten Gegenvorschlag zur Abzocker-Initiative näher.

Geld, Währung und Kredit:

- Die Nationalbank erklärte, dass sie einen Eurokurs unter CHF 1.20 nicht länger toleriere.
- Ein Frankenpaket im Umfang von CHF 869 Mio. zur Entlastung der Wirtschaft wurde

gutgeheissen.

- Die Schweiz erhöhte in verschiedenen Bereichen ihre Beiträge an den Internationalen Währungsfonds.
- Die gesetzliche Regulierung von systemrelevanten Grossbanken («too-big-to-fail») wurde zum Abschluss gebracht.
- Das Bankgeheimnis geriet im Zuge des Steuerstreits mit den USA weiter unter Druck.
- Die Botschaft zum Bundesgesetz über die internationale Amtshilfe in Steuersachen (Steueramtshilfegesetz) wurde publiziert.
- Der Bundesrat verabschiedete die Botschaft zur Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes.

Landwirtschaft:

- Der Bundesrat schickte sein Projekt zur Agrarpolitik 2014–2017 in die Vernehmlassung. Die Vorschläge stiessen bei den Landwirten, den Umweltschutzverbänden und economiesuisse auf Kritik.
- Der Nationalrat überwies mehrere Motionen, die einen Abbruch der Verhandlungen über ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU verlangen.
- In Abweichung zum Entschluss des Nationalrates wollte der Ständerat den Zahlungsrahmen für die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft lediglich um CHF 122 Mio. aufstocken.
- Der Bundesrat legte eine Revision des Lebensmittelgesetzes vor.
- Die Regierung präsentierte die Botschaft zur Änderung des Tierschutzgesetzes.
- Die Exekutive legte den Räten die Botschaft zum Bundesgesetz über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten vor.
- National- und Ständerat nahmen mehrere Motionen an, die eine Anpassung der Jagdverordnung zwecks Erlaubnis des Abschusses von Grossraubtieren verlangen. Eine Revision der Verordnung wurde vom UVEK in die Vernehmlassung geschickt.
- Der Bundesrat präsentierte einen Bericht zur Waldpolitik 2020 vor.

Öffentliche Finanzen:

- Der Bundesrat legte dem Parlament einen Gesetzesentwurf zur Verschärfung der Pauschalbesteuerung vor.
- Unerwartet hohe Steuerausfälle im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform II führten zur Einberufung einer Sondersession.
- Das Parlament wies den Mehrwertsteuer-Einheitssatz an den Bundesrat zurück.
- Die Staatsrechnung 2011 schloss mit einem Überschuss von CHF 1.9 Mia. weit besser ab als budgetiert.
- Der Voranschlag 2012 sah ein ausgeglichenes Finanzergebnis vor.

Energie:

- Infolge einer Nuklearkatastrophe in Fukushima (Japan) begann die Schweiz den Weg eines progressiven Ausstiegs aus der Atomenergie zu beschreiten.
- Aufgrund dieser neuen Ausgangslage lancierte der Bundesrat eine neue Energiestrategie 2050.
- Das Parlament stimmte einer Änderung des Energiegesetzes zu, welche den Bundesrat ermächtigt, Vorschriften zum Verbrauch von Anlagen, Fahrzeugen und Geräten zu erlassen.
- Das Bundesgericht sprach sich für die teilweise unterirdische Verlegung einer Hochspannungsleitung aus.
- Ein Bundesgerichtsurteil stellte de facto die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes für Grosskunden in Frage.

Verkehr und Kommunikation:

- Der Bundesrat wollte die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs auf eine neue Basis stellen und hat dazu die Botschaft zur FABI-Vorlage als Gegenentwurf zur VCS-Initiative für den öffentlichen Verkehr verabschiedet.
- Bund, Kantone und betroffene Wirtschaftsakteure suchen nach dem geeigneten Verkehrsregime, das während der geplanten Sanierungsarbeiten am Gotthardstrassentunnel gelten soll.
- Das Via-Sicura-Massnahmenpaket und der letzte Teil der Bahnreform 2 gingen in die Differenzvereinbarung.
- Nach Inkraftsetzung der Verordnung über die Sicherheitsorgane der Transportunternehmen im öffentlichen Verkehr Ende 2011, entschieden sich die SBB im Gegensatz zur BLS für die Ausrüstung ihrer Bahnpolizei mit Handfeuerwaffen.
- Die flächendeckende Versorgung der Schweiz mit Hochbreitbandtechnologie soll unter Wettbewerbsbedingungen erreicht werden.
- Die Fronten im Fluglärmstreit zwischen Deutschland und der Schweiz verhärteten

sich.

Raumplanung und Wohnungswesen:

- Der Entwurf für ein Raumkonzept Schweiz wurde präsentiert.
- In den Beratungen zur Teilrevision des Raumplanungsgesetzes zeigten sich gewichtige Differenzen zwischen National- und Ständerat.
- Nachdem das Parlament im Vorjahr bereits einem indirekten Gegenvorschlag zugestimmt hatte, empfahl es im Berichtsjahr die Zweitwohnungsinitiative zur Ablehnung.
- Während der Ständerat die Ablehnung der Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter» beantragte, setzte sich der Nationalrat für das Begehren ein.
- Die Bausparinitiativen werden dem Volk ohne Empfehlung des Parlaments und ohne indirekten Gegenentwurf unterbreitet. Letzterer wurde in der Schlussabstimmung vom Ständerat abgelehnt.

Umweltschutz:

- Der Ständerat empfahl die Volksinitiative «für menschenfreundliche Fahrzeuge (Offroader-Initiative)» zur Ablehnung und befürwortete einen indirekten Gegenvorschlag, der vom Parlament in der Schlussabstimmung angenommen wurde.
- Nach erfolgreicher Differenzbereinigung verabschiedete das Parlament die Revision des CO₂-Gesetzes, welche der Volksinitiative «für ein gesundes Klima» als indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt werden soll.
- Der Bund führte die ersten formellen Verhandlungen mit der EU über den Anschluss der Schweiz an das europäische Emissionshandelssystem.
- Die Vernehmlassungsantworten zur Ratifizierung der Europäischen Landschaftskonvention waren grossmehrheitlich positiv.
- Das Parlament hielt den Bundesrat zur Erstellung einer Gesamtübersicht über mögliche Zielkonflikte zwischen Förderung erneuerbarer Energien und anderer Bundesprojekte und -strategien, darunter auch die Biodiversitätsstrategie, an.

Bevölkerung und Arbeit:

- Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz betrug am Ende des Berichtsjahres etwas mehr als 7.9 Millionen Personen.
- Die Arbeitslosenquote sank im Jahresdurchschnitt von 3.9 Prozent auf 3.1 Prozent.
- Die Nominallöhne stiegen um 1.0 Prozent, die Reallöhne um 0.7 Prozent.
- Ein Bericht des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) wies auf Missbräuche im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit hin.
- Der Bundesrat erklärte den GAV für den Personalverleih allgemeinverbindlich.

Gesundheit, Sozialhilfe, Sport:

- Nachdem der Nationalrat das Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung modifiziert und angenommen hatte, entschied der Ständerat knapp Nichteintreten.
- In Folge der angenommenen Volksabstimmung im Jahr 2008 nahm der Bundesrat die Alternativmedizin vorerst wieder in die Grundversicherung auf.
- Die Regierung empfahl die Initiative «Ja zur Hausarztmedizin» zur Ablehnung und präsentierte einen direkten Gegenvorschlag.
- Das Parlament beauftragte den Bundesrat mittels verschiedener Motionen eine Mindestzahl von Studienplätzen an den medizinischen Fakultäten festzulegen.
- Bundesrat und Nationalrat empfahlen, die Initiative «Schutz vor Passivrauchen» abzulehnen.
- Erst nach einer Einigungskonferenz nahmen die Räte das Sportförderungsgesetz an.

Sozialversicherungen:

- Der Bundesrat präsentierte seine Botschaft zum Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung unter Ausklammerung der im Vorjahr umstrittenen Punkte. Das Parlament hiess die Botschaft mit grosser Mehrheit gut.
- National- und Ständerat nahmen das modifizierte erste Massnahmenpaket für die 6. IV-Revision an.
- Im Berichtsjahr überwies der Ständerat auch das zweite Massnahmenpaket.
- Trotz Kritik in der Vernehmlassung setzte der Bundesrat verschiedene Verordnungen zur beruflichen Vorsorge in Kraft.
- Die Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache», welche die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch von der obligatorischen Grundversicherung streichen will, kam zustande.
- Das modifizierte Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Managed Care) wurde erst nach einer Einigungskonferenz angenommen.

- Das EDI startete eine Vernehmlassung für den Entwurf des Bundesgesetzes betreffend die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung sowie für eine Korrektur der zwischen 1996 und 2011 bezahlten Prämien zwecks Ausgleich kantonaler Überschüsse und Defizite in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung.

Soziale Gruppen:

- Die eidgenössischen Räte verabschiedeten das Integrationsrahmengesetz.
- Aufgrund der politischen Unruhen in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens gab es eine starke Zunahme an Asylgesuchen.
- Der Ständerat stimmte sowohl der Revision des Asylgesetzes als auch verschiedenen kurzfristigen Massnahmen zu, welche zu einer Effizienzsteigerung des Asylwesens führen sollten.
- Die Schweizer Demokraten lancierten eine Volksinitiative zur Stabilisierung der Gesamtbevölkerung.
- Ein ähnliches Ziel verfolgt die von der SVP lancierte Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung».
- Das Parlament sprach sich für eine eigenständige Verankerung des Tatbestands der sexuellen Verstümmelung im Strafgesetzbuch aus.
- Beide Kammern stimmten der Änderung des Familienzulagengesetzes zu, womit zukünftig auch Selbständigerwerbende Anspruch auf Kinderzulagen haben.
- Die CVP lancierte eine eidgenössische Volksinitiative zur Steuerbefreiung der Kinder- und Ausbildungszulagen.
- Die eidgenössischen Räte stimmten der Neuregelung des ehelichen Namensrechts zu.
- Das totalrevidierte Kinder- und Jugendförderungsgesetz wurde von beiden Parlamentskammern angenommen.

Bildung und Forschung:

- Der Bundesrat gab die Zusammenführung des Staatssekretariats für Bildung und Forschung (SBF) sowie des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (BBT) in einem Bildungsdepartement unter dem Dach des EVD (dannzumal Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung, WBF) auf Anfang 2013 bekannt.
- Die Regierung verabschiedete die Botschaften zum Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung der berufsorientierten Aus- und Weiterbildungskosten sowie zum Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz.
- Das Weiterbildungsgesetz gelangte in die Vernehmlassung.
- National- und Ständerat begannen mit den Detailberatungen zum Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung der berufsorientierten Aus- und Weiterbildungskosten und schickten die Volksinitiative «Jugend und Musik» in die Differenzbereinigung.
- Die Räte verabschiedeten die BFI-Botschaft 2012 sowie das Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im Schweizerischen Hochschulbereich (HFKG).

Kultur, Sprache, Kirchen:

- Das Parlament verabschiedete die Kulturbotschaft 2013–2015 und das Bundesgesetz über die Buchpreisbindung.
- Luzern und Schwyz lieferten sich einen bildungs- und kulturpolitischen Schlagabtausch.
- Das Bundesamt für Kultur erstellte ein Inventar von 167 erhaltenswerten, lebendigen Traditionen.
- Religionspolitische Fragen intensivierten den öffentlichen Diskurs über Stellung, Relevanz und Gewichtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im demokratischen, säkularen Staatswesen.

Medien:

- Das Bundesamt für Kommunikation präsentierte sechs Studien zur Lage der Schweizer Medien.
- Es wurde aufgezeigt, dass die Medien ihre demokratiethoretisch begründete Aufgabe als Meinungsbildner aufgrund der Pressekonzentration nur noch eingeschränkt wahrnehmen.
- Von der allgemeinen wirtschaftlichen Erholung profitierten auch die Medien.
- Die Auflagen der Gratiszeitungen legten stark zu.
- Die Verlage kritisierten die zunehmende Konkurrenz der SRG durch deren publizistische Tätigkeit im Internet.
- Gemäss einer Studie brachte die bis anhin getätigte Presseförderung nicht die gewünschte Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage der Abonnementspresse.
- Das Parlament entschied sich für ein neues System zur Erhebung der Radio- und

Fernsehgebühren, wies jedoch verschiedene, gegen die Billag gerichtete politische Vorstösse ab.

– 86.8 Prozent der Schweizer Haushalte verfügten im Berichtsjahr über einen Internetzugang.

– Das hohe Strukturveränderungspotenzial des Internets in der Medienlandschaft (Medienkonvergenz) und die Regulierung der elektronischen Medien waren im Berichtsjahr zentrale Themen.

ANDERES
DATUM: 31.12.2011
MARC BÜHLMANN

Qu'est-ce qui figurait à l'agenda politique suisse en 2011? Quelles étaient les affaires les plus importantes au Parlement? Et qu'est-ce qui a interpellé le public intéressé par la politique? Les événements les plus importants en 2011 sont résumés ci-dessous et ensuite listés par thème. Les liens vous mèneront directement à ces objets et événements clés de l'année en cours. Hier finden Sie die deutsche Version dieses Artikels.

En 2011, la politique suisse était placée sous le signe des **élections fédérales**. Pour la première fois depuis 1991, l'UDC n'a plus progressé. Le parti a perdu 2.3 pourcent en parts de suffrages, mais, grâce à ses 26.6 pourcent, est resté de loin la plus grande formation au sein du **Conseil national**. Les Vert'libéraux et le PBD sont sortis grands vainqueurs du scrutin. Les deux partis sont parvenus à convaincre respectivement 5.4 pourcent de l'électorat. Le succès de ces deux jeunes formations s'explique par leur nouveauté. Ces gains ne sont qu'en partie attribuables aux pertes de l'UDC. Cette dernière a en effet perdu moins d'électeurs que le PBD, issu d'une scission avec l'UDC, n'a réussi à mobiliser. Ce sont plutôt le PLR et le PDC qui ont subi des pertes douloureuses. La force électorale de ces deux partis s'établit désormais à des niveaux historiquement bas (15.1 % et 12.3 %). Les Verts (-1.2 %) ont, quant à eux, souffert du succès des Vert'libéraux en perdant, par les aléas de la proportionnelle, un quart de leurs députés au Conseil national. En revanche, le PS a été chanceux. Malgré de légères pertes par rapport à 2007 (-0.9 %), les socialistes ont gagné deux sièges. Le Mouvement des Citoyens Romands (MCR) a fait son entrée au parlement en attendant avec succès les ressentiments envers les frontaliers. Cela s'applique tout autant à la Lega, qui détient de nouveau deux sièges à Berne. Le PEV est parvenu à maintenir ses deux sièges. Par contre, l'UDF ainsi que le PST-POP ne sont plus représentés à Berne. Ce dernier détenait pourtant, depuis 1947, au moins un mandat au sein de la chambre du peuple. Dans l'ensemble, les élections 2011 ont abouti à un léger report des forces vers le centre, qui s'est cependant fortement fractionné.

Afin de pourvoir les sièges du **Conseil des Etats**, des deuxièmes tours ont eu lieu dans pas moins de 13 cantons. Cela était en particulier attribuable au fait que l'UDC avait lancé une attaque sur la chambre des cantons en misant sur des personnalités connues. Le parti est non seulement parvenu à faire de la campagne, traditionnellement calquée sur la représentation cantonale, un événement national avec une mise en avant de la politique des dossiers, mais aussi à rendre les scrutins plus concurrentiels, entraînant ainsi des résultats plus serrés dans la plupart des cantons. En revanche, l'UDC a nettement échoué dans son objectif de gagner du terrain au Conseil des Etats. Sa stratégie, consistant à gagner ces élections au scrutin majoritaire grâce à des personnalités adhérent à la ligne dure de parti, n'a pas fonctionné. L'UDC a même dû céder deux mandats. Au sein de la chambre des cantons, le camp rouge-vert a légèrement progressé. Le PS est sorti vainqueur des élections au Conseil des Etats en parvenant à gagner deux sièges. Les socialistes en détiennent désormais onze, ce qui les place au même niveau que le PLR(-1 siège). Malgré la perte de deux sièges, le PDC demeure, avec ses 13 sièges, le plus grand groupe au Conseil des Etats. Les Verts et les Vert'libéraux ont réussi à maintenir leurs deux mandats respectifs et le PBD son siège dans le canton de Berne. En plus de ces six formations, le Conseil des Etats compte avec Thomas Minder, l'auteur de l'initiative populaire contre les rémunérations abusives, un membre sans appartenance politique.

Pour ce qui est du nombre des listes déposées (365) et le nombre de candidats au Conseil national (3472) et au Conseil des Etats (152), les élections 2011 ont établi de nouveaux records. La participation (48.5 %) s'est également inscrite en légère progression. Néanmoins, la proportion de candidates a diminué. Alors que 35.2 pourcent de femmes s'étaient portées candidates en 2007, elles ne représentaient plus que 32.8 pourcent en 2011. Ce recul s'est répercuté sur le **taux de femmes** au sein du parlement. Celui-ci a diminué pour la première fois depuis l'introduction du vote des femmes en 1971. Au Conseil national et au Conseil des Etats, les femmes ont respectivement perdu un siège. Au total, elles détiennent encore 67 des 246

sièges.(27.2 % contre 28 % en 2007).

Les pertes de sièges subies par l'UDC, la procédure peu professionnelle du parti quant à la sélection de ses candidats et le refus des autres partis de recourir à un changement dans la composition des partis représentés au gouvernement, ont conduit à la **réélection d'Eveline Widmer-Schlumpf**, la Conseillère fédérale du PBD. L'UDC, le parti le plus fort au parlement, n'est donc représenté que par un Conseiller fédéral. Pour ce qui est du PS, c'est Alain Berset, le Conseiller aux Etats fribourgeois, qui a été élu au Conseil fédéral en remplacement de Micheline Calmy-Rey.

Deux événements internationaux ont eu une grande influence sur la politique suisse: la catastrophe nucléaire survenue à **Fukushima** (Japon) et la **crise dans la zone euro**. Les événements au Japon ont été à l'origine d'un tournant de la politique énergétique suisse visant désormais une sortie progressive de l'énergie nucléaire. Le Conseil fédéral a esquissé une nouvelle Stratégie énergétique 2050 à cet égard. Plusieurs partis ont lancé des scénarios de sortie du nucléaire et 20'000 personnes ont protesté contre cette technologie en mai. La crise économique, qui constitue selon les sondages la préoccupation majeure de la population suisse, a eu néanmoins un impact moins important que prévu. Le taux de chômage a ainsi diminué de 3.9 pourcent à 3.1 pourcent en moyenne annuelle. Contrairement à la plupart des autres pays européens, la situation budgétaire n'a pas donné lieu à des préoccupations. La Confédération a bouclé l'année 2011 par un excédent budgétaire de CHF 1.9 milliards. Toutefois, le secteur exportateur a souffert du franc fort, ce qui a entraîné la Banque nationale suisse à introduire un taux plancher de CHF 1.20 par rapport à l'euro. Par ailleurs, les chambres ont adopté un paquet de mesures de CHF 869 millions destiné à soutenir l'économie.

Bien que de nombreuses initiatives aient été lancées à l'approche des élections fédérales – pas moins de 28 projets se trouvaient au stade de la récolte des signatures fin 2011, huit avaient été déposés et 14 étaient en suspens – une seule votation fédérale a eu lieu au cours de cette année électorale. **L'initiative populaire «Pour la protection face à la violence des armes»** demandant une interdiction de la conservation d'armes dangereuses, une attestation de capacité à les manipuler ainsi qu'un registre central des armes à feu, a été rejetée par 56.3 pourcent des votants.

La **politique étrangère** s'est caractérisée par des négociations plutôt tenaces avec l'Allemagne et les Etats-Unis au sujet des accords fiscaux. Avec le voisin du nord, un accord de double imposition a été conclu. Grâce à un accord fiscal bilatéral signé par la Conseillère fédérale, Eveline Widmer-Schlumpf, et le ministre des finances allemand, Wolfgang Schäuble, le conflit en matière fiscale semblait prendre une fin provisoire. En revanche, les fronts se sont durcis pour ce qui est de la dispute liée au bruit du trafic aérien. La pression exercée par les Etats-Unis sur la place financière suisse s'est également accentuée. Un acte transactionnel destiné à mettre fin à la dispute en matière fiscale a été adopté par le Conseil des Etats à la fin de l'année sous revue. Les négociations menées avec l'Union européenne portant sur le développement de la coopération bilatérale institutionnalisée sont cependant restées bloquées.

La décision du Conseil fédéral de remplacer les **avions de combat** Tiger F-5 par l'achat de 22 Gripen JAS 39, produits par le constructeur suédois Saab, a causé des remous. Quelques semaines avant cet arrêté, des documents d'évaluation secrets dressant un avis plutôt défavorable au Gripen sont parvenus à la presse. Dans le cadre des délibérations parlementaires sur l'armement et sur fond du rapport de l'armée, les chambres ont pris la décision d'effectuer cette acquisition par le budget de l'armement. Celui-ci a été fixé à CHF 5 milliards. En même temps, le parlement a décidé de ne pas soumettre la transaction au référendum.

Dans plusieurs thématiques, le **parlement** s'est montré peu enclin au consensus. Ainsi, la modification de la loi sur l'assurance-maladie (Managed Care) et la révision de la loi fédérale sur l'encouragement du sport n'ont été acceptées qu'au bout d'une conférence de conciliation. Au total, neuf conférences de conciliation se sont tenues en 2011 (contre cinq en 2010 et sept en 2009). Les chambres ne sont pas parvenues à s'entendre sur l'initiative populaire «Accéder à la propriété grâce à l'épargne-logement». Dans ce cas précis, les observateurs de la politique suisse ont assisté à une première. Alors que le Conseil national a suivi la recommandation de la conférence d'émettre un avis favorable à l'initiative, le Conseil des Etats a refusé de faire de même. Par conséquent, l'initiative a été soumise au peuple sans recommandation. En revanche, les chambres ont trouvé, suite à une conférence de conciliation, une solution

à la problématique «too big to fail» en s'entendant sur les fonds propres minimaux dans le cadre de la révision de la loi fédérale sur les banques. A contrario, le long processus de prise de décision du parlement quant à l'initiative populaire sur les rémunérations abusives n'a pas pris fin en 2011.

Le Conseil fédéral a arrêté une **réorganisation des départements**. Dès 2013, le Département fédéral de l'économie (DFE) portera le nom de Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR). Le Secrétariat d'état à l'éducation et à la recherche (SER), le domaine des écoles polytechniques fédérales et l'Office fédéral de la formation professionnelle et de la technologie (OFFT) seront ainsi regroupés dans ce nouveau département. En même temps, le SER et l'OFFT fusionneront en un nouveau Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation, le SEFRI.

Problèmes politiques fondamentaux:

- Pour la première fois, l'hymne national a été entonné dans les Chambres fédérales pour le commencement de la nouvelle législature.
- L'Office fédéral de la culture a publié une liste du patrimoine culturel immatériel.
- Le DFAE a jugé la couverture médiatique des médias étrangers comme étant de plus en plus critique.
- Les préoccupations de la population concernant la crise économique ont fortement augmenté en 2011.

Ordre juridique:

- La carte d'identité continuera d'être émise sous sa forme actuelle, à savoir sans puce et sans données enregistrées électroniquement et elle peut être commandée, auprès de la commune de domicile.
- Le Préposé fédéral à la protection des données et à la transparence, Hanspeter Thür a porté plainte contre Google Street View devant le tribunal fédéral.
- Le parlement a approuvé une révision de la loi fédérale instituant des mesures visant au maintien de la sûreté intérieure (LMSI).
- En Argovie plus de 20'000 personnes ont manifesté contre l'énergie nucléaire.
- L'Assemblée fédérale a approuvé la convention du Conseil de l'Europe sur la cybercriminalité.
- Le Conseil fédéral a autorisé la police des transports de porter des armes à feu.
- L'initiative populaire «Pour la protection face à la violence des armes» a été rejetée aux urnes.
- Une révision du code civil permet aux époux de garder leur nom de famille original à moins qu'ils décident d'adopter un nom commun.

Institutions et droits populaires:

- Lors des élections pour le renouvellement du Conseil fédéral, le statut quo a été conservé. Le siège de la Conseillère fédérale PBD Eveline Widmer-Schlumpf a été confirmé et l'UDC n'est toujours représentée que par un siège au gouvernement. Alain Berset, Conseiller d'Etat PS du canton de Fribourg, a été élu suite à la démission de la Conseillère fédérale PS Micheline Calmy-Rey.
- L'UDC a déposé une initiative pour l'élection du Conseil fédéral par le peuple.
- Les Chambres fédérales ont décidé de simplifier l'accès aux documents du gouvernement.
- Le Conseil national et le Conseil des Etats ont établi de nouvelles réglementations concernant les dispositions sur l'immunité.
- Le procureur fédéral a été élu pour la première fois par le Parlement et non plus par le Conseil fédéral. Erwin Beyeler, ayant été fortement critiqué, n'a pas été réélu.
- La tendance visant une utilisation plus large des droits populaires a persisté.
- Les Chambres fédérales ont examiné de nouvelles dispositions concernant la compatibilité des initiatives populaires avec les droits fondamentaux.
- Le vote électronique a continué son développement.

Structures fédéralistes:

- La modification de la loi fédérale sur la péréquation financière et la compensation des charges (PFCC) ainsi que la fixation des contributions de base en ce qui concerne le transfert des ressources et des charges a été accepté en juin de l'année sous revue par les deux chambres.
- Les gouvernements des cantons de Berne et du Jura ne sont pas d'accord sur la façon dont la population du jura bernois devra se prononcer sur la possible adhésion au canton du Jura.

Elections:

- Le BDP ainsi que les Vert libéraux, nouveaux partis du milieu, ont progressé lors des élections du Conseil national.
- Le PLR et le PDC ont tous deux perdu des sièges et ont dû faire face à un pourcentage de voix au plus bas.
- La vague de succès de l'UDC, persistant depuis 1991, a été freinée ; leurs pertes ont été cependant plus petites que les gains du BDP.
- Le PS a pu gagner des sièges malgré la perte d'électeurs.
- Les Verts ont souffert de la concurrence des Vert libéraux. Leur pourcentage de voix a diminué et ils ont perdu des sièges.
- En plus de la Lega, le MCR, un autre parti régional venant d'un canton frontalier, a pu faire son entrée au Conseil national.
- Tandis que le PS a pu gagner des sièges au Conseil des Etats, l'offensive lancée par l'UDC a échoué.
- La participation électorale a à nouveau légèrement augmenté.
- Pour la première fois depuis l'introduction du droit de vote des femmes, la part des femmes au Conseil national a diminué.
- Le BDP et les Vert libéraux ont également fait partie des gagnants lors des élections législatives cantonales, de même que les Verts et l'UDC.
- Le PDC et le PLR ont quant à eux dû faire face à des pertes importantes lors des élections cantonales.
- Les Verts ont conquis en 2011 pas moins de quatre sièges dans les gouvernements cantonaux. La Lega est devenue le parti le plus fort au sein du gouvernement tessinois.

Politique étrangère:

- Le Parlement a décidé de relever à 0.5 pour-cent du revenu national brut (RNB) les fonds affectés à l'aide au développement.
- La Grande Chambre a approuvé une aide spéciale au Fonds monétaire international.
- Les négociations entre l'UE et la Suisse au sujet de la coopération bilatérale relative aux institutions sont bloquées.
- Malgré la pression de l'UE qui aimerait une solution unitaire pour tous ses membres, la Suisse a conclu un accord bilatéral en matière d'imposition avec l'Allemagne.
- Le Parlement a refusé le contre-projet préparé par le Conseil fédéral concernant l'initiative en matière de traités internationaux de l'ASIN.
- Suite aux soulèvements dans les pays d'Afrique du Nord et du Proche-Orient, le Conseil fédéral a annoncé des sanctions contre les dirigeants, ainsi que le blocage de leurs avoirs.
- Le Conseil fédéral a l'intention de déposer la candidature de la Suisse au Conseil de sécurité de l'ONU pour la période 2023-24.
- Grâce à la médiation de la Suisse dans le cadre de son mandat de puissance protectrice, la Géorgie et la Russie ont signé un contrat bilatéral en automne.

Armée:

- Une motion de la Commission de la politique de sécurité du Conseil des Etats a chargé le Conseil fédéral de se pencher sur la question d'un système d'autorisation pour les entreprises de sécurité.
- Le Réseau national de sécurité a pris forme en 2011.
- Dans différentes affaires et lors du débat parlementaire autour de l'accord sur les armes à sous-munitions, le parlement a décidé de poursuivre la voie de la promotion de la paix.
- Dans le cadre du débat sur le programme d'armement 2011 et du rapport sur l'armée 2010, le parlement s'est prononcé en faveur d'une armée à 100'000 hommes et pour un budget de CHF 5 milliards.
- Le Conseil fédéral a décidé d'acquérir 22 avions de combat de type Saab Gripen pour remplacer les vieux Northrop F-5E/F Tiger II.
- Le Conseil des Etats n'a pas de donné suite à la révision de la loi sur le service civil étant donné que des étapes nécessaires avaient déjà été entamées par le Conseil fédéral.
- La révision partielle de la loi sur la protection de la population et sur la protection civile a été approuvée par les deux chambres.

Politique économique:

- L'économie suisse a résisté étonnement bien au contexte international difficile.
- Alors que le marché intérieur fait preuve de dynamisme, le secteur exportateur a souffert du franc fort, ce qui a incité la Banque nationale suisse à instaurer un taux plancher face à l'euro.
- Le parlement a augmenté les fonds destinés à la promotion économique.

- Le Conseil fédéral a envisagé un changement de paradigme en matière de cartels.
- Le Conseil des Etats et le Conseil national se sont rapprochés en ce qui concerne le contre-projet indirect à l'initiative contre les rémunérations abusives.

Crédit et monnaie:

- La Banque nationale a déclaré ne plus tolérer de taux de change de l'Euro inférieur à CHF 1.20.
- Le plan contre le franc fort de CHF 869 millions pour soutenir l'économie a été approuvé.
- La Suisse a augmenté ses contributions au Fonds Monétaire International.
- La réglementation sur les banques d'importance systémique («too big too fail») a été finalisée.
- Le secret bancaire s'est retrouvé sous pression suite au conflit fiscal avec les Etats-Unis.
- Le message concernant l'assistance internationale administrative en matière fiscale (loi sur l'assistance administrative en matière fiscale) a été publié.
- Le Conseil fédéral a approuvé le message relatif à la révision totale de la loi sur le contrat d'assurance.

Agriculture:

- Le Conseil fédéral a mis en consultation le projet de politique agricole 2014-2017. Ce dernier a rencontré de vives critiques issues des milieux paysans, des associations de protection de l'environnement et d'économiesuisse.
- Le Conseil national a adopté plusieurs motions visant à mettre fin aux négociations sur un accord de libre-échange agricole avec l'UE.
- Le Conseil des Etats a modifié la proposition du Conseil national en autorisant une augmentation de CHF 122 millions des moyens financiers destinés à l'agriculture pour les années 2012 et 2013.
- Le Conseil fédéral a présenté un projet modifiant la loi sur les denrées alimentaires.
- Le gouvernement a soumis son projet visant la mise à jour de la loi sur la protection des animaux.
- Le Conseil fédéral a présenté un message sur la circulation des espèces de faune et de flore protégées.
- Les chambres ont adopté des motions visant à modifier l'ordonnance sur la chasse afin d'autoriser le tir de l'ours, du lynx et du loup. Le DETEC a mis en consultation un projet de révision de l'ordonnance.
- Le Conseil fédéral a présenté son message sur la politique forestière 2020.

Finances publiques:

- Le Conseil fédéral a soumis au parlement un message portant sur un durcissement des forfaits fiscaux.
- Des pertes fiscales plus importantes que prévues dans le cadre de la deuxième réforme de l'imposition des entreprises ont conduit à une session spéciale.
- Le parlement a renvoyé le taux unique de la TVA au Conseil fédéral.
- Les comptes 2012 ont affiché un excédent de CHF 1.9 milliards, un résultat nettement supérieur aux prévisions.
- Le budget 2012 a tablé sur un compte financier équilibré.

Energie:

- Suite à un accident nucléaire survenu à Fukushima (Japon), la Suisse s'est engagée dans la voie d'une sortie progressive de l'énergie nucléaire.
- Compte tenu de la nouvelle donne, le Conseil fédéral a lancé une nouvelle stratégie énergétique 2050.
- Les chambres ont approuvé une modification de la loi sur l'énergie permettant au Conseil fédéral d'établir des prescriptions quant à la consommation d'énergie d'installations, de véhicules et d'appareils.
- Le Tribunal fédéral s'est prononcé pour l'enfouissement partiel d'une ligne à haute tension.
- Un jugement du Tribunal fédéral a de fait remis en cause la libéralisation du marché de l'électricité pour les grands consommateurs en énergie.

Transports et communications:

- Le Conseil fédéral a souhaité mettre en place une nouvelle base pour le financement des transports publics et a adopté le projet FAIF comme contre-projet à l'initiative ATE pour les transports publics.
- La Confédération, les cantons et les acteurs économiques concernés cherchent quel régime des transports sera le plus approprié lors des travaux d'assainissement prévus

sur le tunnel routier du Gothard.

- Le programme de renforcement de la sécurité routière «Via sicura» ainsi que la dernière partie de la réforme des chemins de fer 2 sont entrés en processus d'élimination des divergences.
- Après l'entrée en vigueur fin 2011 de l'ordonnance sur le service de sécurité des entreprises de transports publics, les CFF ont décidé au contraire du BLS d'équiper leur police des chemins de fer avec des armes à feu portatives.
- L'approvisionnement complet du territoire suisse en technologie à très haut débit doit être atteint sous des conditions de concurrence.
- Les fronts dans la polémique des bruits de la circulation aérienne entre l'Allemagne et la Suisse se sont durcis.

Aménagement du territoire et logement:

- Le Projet de territoire Suisse a été présenté.
- D'importantes différences sont apparues entre le Conseil des Etats et le Conseil national lors des consultations visant la révision partielle de la loi sur l'aménagement du territoire.
- Alors que le Parlement avait déjà accepté un contre-projet indirect l'année précédente, il a recommandé lors de l'année en cours de rejeter l'initiative sur les résidences secondaires.
- Tandis que le Conseil des Etats a demandé de refuser l'initiative populaire «Sécurité du logement à la retraite», le Conseil national s'est engagé en faveur de cette demande.
- Les initiatives sur l'épargne-logement seront soumises au peuple sans recommandations du Parlement et sans contre-projet indirect. Ce dernier a été rejeté par le Conseil des Etats lors du vote final.

Protection de l'environnement:

- Le Conseil des Etats a recommandé de refuser l'initiative populaire «pour des véhicules plus respectueux des personnes (initiative anti-4x4)» et a soutenu un contre-projet indirect, accepté par le Parlement en vote final.
- Le Parlement a adopté, après une procédure d'élimination des divergences réussie, la révision de la loi sur le CO2, devant être proposé comme contre-projet indirect à l'initiative populaire fédérale «pour un climat sain».
- La Confédération a mené les premières négociations formelles avec l'UE sur la participation de la Suisse au système européen d'échange de quotas d'émission.
- Les réactions suite à la consultation concernant la ratification de la Convention européenne du paysage étaient majoritairement positives.
- Le Parlement a encouragé le Conseil fédéral à élaborer une vue d'ensemble des possibles conflits d'objectifs entre la promotion des énergies renouvelables et d'autres projets et stratégies de la Confédération, dont notamment la Stratégie Biodiversité Suisse.

Population et travail:

- La population résidente permanente de la Suisse a franchi la barre des 7.9 millions de personnes à la fin de l'année sous revue.
- Le nombre de chômeurs a diminué de 3.9 à 3.1 pourcent en moyenne annuelle.
- Les salaires nominaux ont progressé de 1.0 pourcent, les salaires réels de 0.7 pourcent.
- Un rapport du Secrétariat d'Etat à l'économie (SECO) a mis en lumière des abus liés à la libre circulation des personnes.
- Le Conseil fédéral a étendu le champ d'application de la CCT du travail temporaire.

Santé, assistance sociale, sport:

- Le Conseil national a adopté avec modifications la loi sur la prévention et la promotion de la santé tandis que le Conseil des Etats a refusé de justesse d'entrer en matière.
- Suite à la votation populaire de 2008, le Conseil fédéral a réintroduit provisoirement les médecines complémentaires dans le catalogue de l'assurance de base.
- Le gouvernement a recommandé de rejeter l'initiative «Oui à la médecine de famille» et a présenté un contre-projet direct.
- Le parlement a adopté des motions chargeant le gouvernement de fixer un nombre minimum de places d'études dans les facultés de médecine.
- Le Conseil fédéral, puis le Conseil national ont recommandé de rejeter l'initiative «Protection contre le tabagisme passif».
- Les chambres ont adopté une loi sur l'encouragement du sport après la convocation d'une conférence de conciliation.

Assurances sociales:

- Le Conseil fédéral a présenté son message relatif à la révision de la loi sur l'AVS qui ne contient pas les éléments contestés l'année précédente. Le parlement l'a aisément adopté.
- Les chambres ont modifié puis adopté le projet de révision 6b de l'Al.
- Le Conseil des Etats a adopté le message relatif à la révision 6b de l'Al présenté par le Conseil fédéral au cours de l'année sous revue.
- Le Conseil fédéral a mis en œuvre diverses ordonnances relatives à la réforme structurelle de la prévoyance professionnelle malgré les oppositions soulevées lors de la procédure de consultation.
- L'initiative populaire visant à supprimer l'interruption volontaire de grossesse du catalogue de la LAMal a abouti.
- Les chambres fédérales ont modifié puis finalement adopté une révision partielle de la LAMal relative au managed care après avoir convoqué une conférence de conciliation.
- Le DFI a mis en consultation un projet de loi visant à renforcer la surveillance sur les assureurs et un autre compensant les excédents et les déficits accumulés par les assureurs dans les réserves de la LAMal.

Groupes sociaux:

- Les Chambres fédérales ont adopté la loi-cadre sur l'intégration.
- Dû aux tensions politiques rencontrées par les pays d'Afrique du Nord et du Proche-Orient, il y a eu une forte augmentation des demandes d'asile.
- Le Conseil des Etats a approuvé non seulement la révision de la loi sur l'asile mais également différentes mesures à court terme visant à rendre le système plus efficace.
- Les Démocrates Suisses ont lancé une initiative populaire «pour la stabilisation de la population totale», devant donner au Conseil fédéral plus de moyens de régulation pour lutter contre la surpopulation.
- L'initiative populaire «stopper l'immigration massive», lancée par l'UDC, poursuit un objectif semblable.
- Le parlement s'est prononcé en faveur de l'inscription à part entière dans le code pénal de normes qui répriment des mutilations sexuelles féminines.
- Les deux chambres ont accepté la modification de la loi sur les allocations familiales, donnant, à l'avenir, le droit aux personnes non salariées (indépendantes) de recevoir des allocations pour enfants.
- Le PDC a revendiqué à l'aide d'une initiative populaire l'exonération d'impôts pour les allocations pour enfants et les allocations de formation professionnelle.
- Les Chambres fédérales ont approuvé la nouvelle réglementation concernant le nom et droit de cite des époux.
- La révision totale de la loi sur les activités de jeunesse a été approuvée par les deux chambres.

Enseignement et recherche:

- Le Conseil fédéral a annoncé le regroupement pour 2013 du Secrétariat d'Etat à l'éducation et à la recherche (SER) ainsi que de l'Office fédéral de la formation professionnelle et de la technologie (OFFT) dans un département de l'éducation au sein du DFE (qui prendra le nom de Département pour l'économie, l'éducation et la recherche, DEFR).
- Le gouvernement a adopté les messages relatifs à la loi fédérale sur l'imposition des frais de formation et de perfectionnement à des fins professionnelles ainsi que la loi sur l'encouragement de la recherche et de l'innovation.
- La loi sur la formation continue a été envoyée en consultation.
- Les Chambres ont commencé la discussion par article sur la loi fédérale sur l'imposition des frais de formation et de perfectionnement à des fins professionnelles et ont envoyé l'initiative populaire «jeunesse et musique» en processus d'élimination des divergences.
- Les Chambres ont adopté le message FRI pour l'année 2012 et la loi fédérale sur l'encouragement des hautes écoles et la coordination dans le domaine suisse des hautes-écoles (LEHE).

Culture, langues, églises:

- Le parlement a adopté le message culture 2013-2015 ainsi que la loi sur la réglementation du prix du livre.
- Lucerne et Schwyz se sont livrés une querelle en question de politique culturelle et d'éducation.
- L'Office fédéral de la culture a élaboré un inventaire de 167 traditions vivantes et

dignes d'être protégées.

– Des questions politico-religieuses ont intensifié le discours sur la position, l'importance et la priorité des droits de l'Homme et des libertés fondamentales au sein de l'Etat démocratique et séculaire.

Médias:

– L'Office fédéral de la communication a présenté six études sur la situation des médias en Suisse.

– Il a été démontré que les médias, dû à la concentration de la presse, n'assument plus que de façon restreinte leur rôle démocratique concernant la formation de l'opinion.

– Les médias ont profité de la reprise économique générale.

– Les tirages de journaux gratuits ont fortement augmenté.

– Les maisons d'édition ont critiqué la concurrence croissante de la SSR pour son activité publicitaire sur Internet.

– Selon une étude, l'aide à la presse effectuée jusqu'à présent, n'a pas apporté la stabilisation souhaitée de la situation économique concernant la vente de presse par abonnements.

– Le Parlement s'est prononcé pour un nouveau système de perception de la redevance radio et télévision, mais a toutefois rejeté différentes offensives politiques à l'encontre de Billag.

– 86.8 pourcent des ménages suisses disposaient dans l'année sous revue d'un accès Internet.

– Le potentiel de modification de la structure d'Internet dans le paysage médiatique (pôle audiovisuel) ainsi que la régulation des médias électroniques ont été des thèmes importants dans l'année sous revue.